

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Agnes Alpers, Nicole Gohlke, Dr. Rosemarie Hein, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/200, 17/201, 17/620, 17/623, 17/624, 17/625 –**

Entwurf eines Gesetzes

**über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010
(Haushaltsgesetz 2010)**

hier: Einzelplan 30

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Trotz aller Ankündigungen der Bundesregierung setzt der Haushaltsentwurf 2010 keine Priorität auf Bildung. Der Aufwuchs des Einzelplans 30 um 6,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahresetat bleibt hinter der allgemeinen Steigerung des Haushaltes zurück. Innerhalb des Einzelplans wird der Schwerpunkt zudem nicht auf Bildung, sondern insbesondere auf industrienaher Forschungsförderung gelegt. Die angekündigten milliarden schweren Steuersenkungen werden die Länder und Kommunen zu Kürzungen auch im Bildungsbereich drängen, die durch die Mehrausgaben der Bundesregierung nicht ansatzweise gedeckt werden können.

Wenn das Bildungssystem allen Kindern und Jugendlichen die gleichen beruflichen und persönlichen Perspektiven eröffnen soll, dann muss die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Bildungsinstitutionen beendet, die Bildungsförderung vom BAföG über Berufsausbildungsbeihilfen bis zur Aufstiegsfortbildungsförderung deutlich ausgebaut und der gebührenfreie Zugang aller zu Bildungseinrichtungen von der Kindertagesstätte bis zur Weiterbildung, zu kultureller, politischer, beruflicher und akademischer Bildung bundesweit gewährleistet werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Haushalt eine deutliche Prioritätensetzung zugunsten der Bildungsausgaben vorzunehmen und noch in diesem Jahr mit den Ländern verbindliche Vereinbarungen zu treffen, die konkrete Maßnahmen für eine bessere personelle und sachliche Ausstattung von Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen sicherstellen. Dazu ist auch eine Initiative zur Aufhebung des Kooperationsverbots im Grundgesetz erforderlich.
2. Förderprogramme aufzulegen, die die Qualifizierung von deutlich mehr pädagogischem Personal ermöglichen und die Etablierung sozialpädagogischer Unterstützung an jeder Schule gewährleisten,
3. eine konjunkturunabhängige, verlässliche Ausbildungsfinanzierung auf den Weg zu bringen, die die Unternehmen in die Pflicht nimmt und allen Jugendlichen eine gute Ausbildung sichert, statt unzureichende Reparaturversuche mit immer schlechter ausgestatteten Sonderprogrammen im Haushalt als „Innovation und Strukturentwicklung“ zu deklarieren,
4. das BAföG durch eine Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge um jeweils 10 Prozent noch in diesem Jahr deutlich auszuweiten, um schulische Ausbildung und Studium unabhängig von der sozialen Herkunft zu ermöglichen, statt mit einem Stipendienprogramm die soziale Selektion an den Hochschulen weiter zu verstärken,
5. das Meister-BAföG (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz – AFBG) zu einem Erwachsenenbildungsförderungsgesetz auszubauen, das das Nachholen von schulischen und beruflichen Abschlüssen auch für Menschen ermöglicht, die das 30. Lebensjahr bereits vollendet haben,
6. den Hochschulpakt 2020 entsprechend den Berechnungen der Hochschulrektorenkonferenz und des Wissenschaftsrats aufzustocken - zudem muss die Vergabe der Fördergelder an qualitative Kriterien gekoppelt und den tatsächlichen Kosten angepasst werden, um eine Verbesserung der Studienbedingungen und der Qualität der Lehre zu gewährleisten,
7. die Exzellenzinitiative auslaufen zu lassen und die den Hochschulen im Rahmen der dritten Säule des Exzellenzwettbewerbs zugesagten Gelder in Höhe von 90,245 Mio. Euro sofort für den Hochschulpakt und den Ausbau von Studienplätzen zur Verfügung zu stellen,
8. die umfangreiche Erhöhung der technologieorientierten Innovationsförderung in besonders industrienahen Bereichen in Höhe von 216 Mio. Euro zurück zu nehmen und die Projektförderung des Bundes an Kriterien wie Unterstützung strukturschwacher Regionen, Klimaschutz, Ökologie und öffentliche Gesundheit zu koppeln. Die umzuverteilenden Mittel sollen dem Bildungs- und Hochschulsektor zugute kommen.

Berlin, den 15. März 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion